

LANDESVERWALTUNGSGERICHT



BURGENLAND

TÄTIGKEITSBERICHT

2018 - 2019

Die Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland hat in ihrer Sitzung vom 05. Juni 2020 gemäß § 20 Abs 1 des Burgenländischen Landesverwaltungsgerichtsgesetzes, LGBl Nr 44/2013 idgF, nachstehenden Bericht über die Tätigkeit der Jahre 2018 und 2019 und die dabei gesammelten Erfahrungen beschlossen.

Landesverwaltungsgericht Burgenland

Die Präsidentin:

Mag. Andrea Potetz-Jud



# INHALTSÜBERSICHT

	Seite
<b>1. Bericht über die Tätigkeit</b>	
1.1. Organisation	
1.1.1. Allgemeines	3
1.1.2. Gesetzliche Grundlagen	3
1.1.3. Zuständigkeiten	4
1.1.4. Personelle Situation	6
1.1.5. Unterbringung und Ausstattung	6
1.1.6. Geschäftsverteilung	7
1.1.7. Vollversammlung	7
1.1.8. Dokumentation der Entscheidungen	8
1.1.9. PräsidentInnenkonferenz	8
1.1.10. Fortbildung	9
1.2. Geschäftsgang	
1.2.1. Aktenanfall	9
1.2.2. Erledigungen	11
1.2.3. Verfahren vor den Höchstgerichten	11
<b>2. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen</b>	
2.1. Organisation	13
2.2. Personelle Vorsorge	13
2.3. Aufwendungen	14
<b>3. Tabellen und Grafiken</b>	
Aktenanfall nach Rechtsgebieten	15
Erledigungen in den Berichtsjahren	20
Aktenanfall nach Behörden	23
Eingang nach Behörden	24
Eingang nach Materien	29
Zusammenfassung Eingänge-Erledigungen	34
Art der Erledigungen	35
Grafiken	40

# **1. Bericht über die Tätigkeit**

## **1.1. Organisation**

### 1.1.1. Allgemeines

Mit 01.01.2014 wurde in Österreich unter der Ebene des Verwaltungsgerichtshofes eine Verwaltungsgerichtsbarkeit I. Instanz geschaffen: ein Landesverwaltungsgericht für jedes Bundesland, ein Bundesverwaltungsgericht für die unmittelbare Bundesverwaltung und ein Bundesverwaltungsgericht für Finanzen.

Die bisherigen Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern (UVS), der Asylgerichtshof und zahlreiche weitere Behörden wurden aufgelöst.

### 1.1.2. Gesetzliche Grundlagen

Das Bundes-Verfassungsgesetz enthält in den Artikeln 129 bis 132 und 134 bis 136 die verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Verwaltungsgerichte, deren Zuständigkeiten sind in den Art 130 bis 132 B-VG geregelt.

Art 66a des Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes bestimmt, dass für das Land Burgenland ein Landesverwaltungsgericht mit Sitz in Eisenstadt besteht. Die Richterinnen und Richter werden von der Landesregierung ernannt und sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes unabhängig (weisungsfrei). Das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz – Bgld. LVwGG, LGBl Nr 44/2013 idF LGBl Nr 25/2020, regelt die Einrichtung und Organisation des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland. Darauf gründet die von der Vollversammlung des Landesverwaltungsgerichtes erlassene Geschäftsordnung.

Das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz - VwGVG regelt das Verfahren der Verwaltungsgerichte, subsidiär gelten das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG und das Verwaltungsstrafgesetz 1991 - VStG. In Abgabenverfahren ist ausschließlich die Bundesabgabenordnung - BAO anzuwenden.

### 1.1.3. Zuständigkeiten

Gemäß Art 130 Abs 1 B-VG erkennen die Verwaltungsgerichte über Beschwerden

1. gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde wegen Rechtswidrigkeit;
2. gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt wegen Rechtswidrigkeit;
3. wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch eine Verwaltungsbehörde.

Gemäß Art 130 Abs 2 B-VG können durch Bundes- oder Landesgesetz sonstige Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über

1. Beschwerden wegen Rechtswidrigkeit eines Verhaltens einer Verwaltungsbehörde in Vollziehung der Gesetze oder
2. Beschwerden wegen Rechtswidrigkeit eines Verhaltens eines Auftraggebers in den Angelegenheiten des öffentlichen Auftragswesens oder
3. Streitigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten der öffentlich Bediensteten oder
4. Beschwerden, Streitigkeiten oder Anträge in sonstigen Angelegenheiten vorgesehen werden.

Die Verwaltungsgerichte erkennen weiters gemäß Abs. 2a des Art 130 B-VG über Beschwerden von Personen, die durch das jeweilige Verwaltungsgericht in Ausübung seiner gerichtlichen Zuständigkeiten in ihren Rechten gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) – DSGVO, ABl. Nr. L 119 vom 4. 5. 2016 S. 1, verletzt zu sein behaupten.

Art 131 Abs 1 B-VG sieht in Form einer Generalklausel zugunsten der Landesverwaltungsgerichte vor, dass diese über Beschwerden nach Art 130 Abs 1 eine Entscheidung zu treffen haben, wenn sich aus Art 131 Abs 2 und 3 B-VG nichts anderes ergibt. Damit ist eine Zuständigkeit der Landesverwaltungsgerichte für alle Beschwerde- und Säumnissachen gegeben, die nicht in die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichtes oder des Bundesfinanzgerichtes fallen, nämlich bis auf wenige Ausnahmen die Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung, der Landesverwaltung und der Selbstverwaltungskörper im eigenen Wirkungsbereich.

Das Verwaltungsgericht des Bundes erkennt nach Art 131 Abs 2 B-VG über Bescheidbeschwerden in Rechtssachen in den Angelegenheiten der Vollziehung

des Bundes, die unmittelbar von Bundesbehörden besorgt werden. Weiters erkennt das Verwaltungsgericht des Bundes in Verfahren betreffend Vergabeangelegenheiten des Bundes und - wenn vorgesehen - über Streitigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten der öffentlich Bediensteten des Bundes.

Das Verwaltungsgericht des Bundes für Finanzen erkennt nach Art 131 Abs 3 B-VG über Beschwerden in Rechtssachen in den Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben (mit Ausnahme der Verwaltungsabgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden) und des Finanzstrafrechts sowie in sonstigen gesetzlich festgelegten Angelegenheiten, soweit die genannten Angelegenheiten unmittelbar von den Abgaben- oder Finanzstrafbehörden des Bundes besorgt werden.

Nach Art 131 Abs 4 B-VG kann durch Bundesgesetz

1. eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte der Länder vorgesehen werden: in Rechtssachen in den Angelegenheiten gemäß Abs 2 und 3;
2. eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte des Bundes vorgesehen werden:
  - a) in Rechtssachen in den Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung für Vorhaben, bei denen mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist;
  - b) in Rechtssachen in den Angelegenheiten des Art 14 Abs 1 und 5 B-VG;
  - c) in sonstigen Rechtssachen in den Angelegenheiten der Vollziehung des Bundes, die nicht unmittelbar von Bundesbehörden besorgt werden, sowie in den Angelegenheiten der Art 11, 12, 14 Abs 2 und 3, 14a Abs 3 B-VG.

Betreffend das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz – ASVG wurde von der Möglichkeit des Art 131 Abs 4 Z 2 lit c B-VG Gebrauch gemacht und ist diese Zuständigkeit an das Bundesverwaltungsgericht übergegangen.

Nach Art 131 Abs 5 B-VG kann durch Landesgesetz in Rechtssachen in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte des Bundes vorgesehen werden. So wurde mit Landesgesetz LGBl Nr 85/2019 das Bundesverwaltungsgericht als Disziplinargericht für Mitglieder des Landesverwaltungsgerichtes zuständig gemacht (vgl. den neu geschaffenen § 8 des Bgld LVwGG).

#### 1.1.4. Personelle Situation

Das Landesverwaltungsgericht Burgenland bestand während der gesamten Berichtsperiode aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Richtern (5 Frauen und 5 Männer).

Mit 31.12.2019 wurde der Präsident des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland, WHR Mag. Manfred Grauszer, in den Ruhestand versetzt. Seit 1991 im Unabhängigen Verwaltungssenat tätig, wurde er 2002 dessen Präsident; seit 2014 stand er an der Spitze des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland. In dieser Position hat er maßgebend dazu beigetragen, das Landesverwaltungsgericht Burgenland in der Öffentlichkeit als kompetente und unabhängige Rechtsmittelinstanz zu etablieren.

Mit Ende 2019 standen dem Landesverwaltungsgericht sieben Schreib- und Kanzleibedienstete zur Verfügung (5,5 Vollzeitäquivalente, Entlohnungsgruppen c und d).

Der seit 01.08.2015 vakante Juristenposten in der Evidenzstelle wurde im Berichtszeitraum nicht nachbesetzt.

#### 1.1.5. Unterbringung und Ausstattung

Das Landesverwaltungsgericht ist (wie schon der frühere UVS) im Regierungsgebäude Landhaus Neu - Europaplatz 1 in Eisenstadt untergebracht. Das Gericht teilt sich mit dem Landesrechnungshof einen gesonderten Eingang in der Waschstattgasse. Zwei vollklimatisierte, schallgedämmte und videoüberwachte Verhandlungsräume, von denen der größere ausreichend Platz für Parteien und Zuhörer bietet, sowie ein Wartebereich und ein Anwaltszimmer stehen zur Verfügung. Der Zugang zu den Verhandlungsräumen erfolgt baulich getrennt vom Zugang zu den Kanzlei- und Richterzimmern.

Eine visuelle Zugangskontrolle ist eingerichtet, allerdings verfügt das Landesverwaltungsgericht weder über die - bei anderen Gerichten vorhandene - Sicherheitsschleuse (Metalldetektor) noch über Sicherheitspersonal zur Eingangskontrolle.

Das Gericht ist technisch ausreichend ausgerüstet. Jeder Arbeitsplatz ist entweder mit einem Desktop- oder mit einem Laptop-Arbeitsplatz ausgestattet.

Für die Heimarbeit kann der Laptop zu Hause als vollständiger Büroarbeitsplatz verwendet werden, mit Zugriff auf alle Datenbanken. Die Verbindung erfolgt über eine gesicherte VPN-Verbindung.

Sieben Richterarbeitsplätze sind mit dem Spracherkennungsprogramm „iurisdiction® Edition + Dragon Professional Version 13“ ausgestattet. Dieses Programm hat sich bewährt.

Im Jahr 2018 wurde das Vorhaben, bei sämtlichen EDV-Arbeitsplätzen die Hardware zu erneuern sowie die Programme dem neuesten Stand anzupassen, in Angriff genommen. Dies wurde auch zum Anlass genommen, die Möglichkeit einer technischen Loslösung von der LAD-EDV des Amtes der Landesregierung zu suchen. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Verantwortlichen der LAD-EDV, des Bit-Studios, des Bgld. Rechenzentrums und des Landesverwaltungsgerichtes prüfte die technischen Möglichkeiten zur Realisierung dieses Vorhabens. Nach eingehender Prüfung mehrerer Varianten wurde das Bgld. Rechenzentrum als Standort der beiden Server gewählt. Die Vorortbetreuung erfolgt durch die Firma Bit-Studio, die Serverüberwachung sowie die Sicherung werden vom EBRZ durchgeführt. Die Umsetzung des Projekts konnte mit Jahresende 2018 abgeschlossen werden.

Bei Schaffung der Landesverwaltungsgerichte bestand auch das Bestreben, den Außenauftritt aller Landesverwaltungsgerichte zu vereinheitlichen und die Domain anzugleichen, was im Burgenland aufgrund der Anbindung an die LAD-EDV damals nicht möglich war. Die Realisierung der Loslösung ermöglicht nun auch die Verwendung einer eigenständigen Domain, diese lautet wie folgt: @lvwg-bgld.gv.at.

#### 1.1.6. Geschäftsverteilung

Die Geschäftsverteilung für die Jahre 2018 und 2019 wurde mehrmals geändert, um eine ausgeglichene Verteilung der Akten auf die Richterinnen und Richter zu gewährleisten.

#### 1.1.7. Vollversammlung

In den zwei Berichtsjahren wurden neun Vollversammlungen abgehalten.



### 1.1.8. Dokumentation der Entscheidungen

Alle Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichtes werden für den internen Gebrauch dokumentiert. Für dritte Personen oder Behörden ist bislang – mangels personeller Besetzung der Evidenzstelle für die erforderliche Pseudonymisierung der Entscheidungen und die Rechtssatzbildung - kein Zugang eingerichtet. Dies führt auch dazu, dass das Landesverwaltungsgericht Burgenland derzeit nicht in der Lage ist, laufend Entscheidungen in der Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu veröffentlichen.

Ausgewählte Rechtssätze und Volltexte von Entscheidungen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, werden in die Judikaturdokumentation des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) eingegeben. Diese Judikaturdokumentation ist über das Internet allgemein zugänglich. Mit Stichtag 31.12.2019 waren 126 Rechtssätze und 146 Entscheidungen im Volltext im RIS gespeichert. Auch hier erklärt sich die geringe Zahl der Eingaben dadurch, dass die Aufbereitung der Entscheidungen für das RIS angesichts der genannten Personalsituation nicht gewährleistet werden konnte.

Einzelne Entscheidungen von allgemeinem Interesse werden auf der Homepage des Landesverwaltungsgerichtes, <http://verwaltungsgericht.bgld.gv.at/de/aktuelles>, in allgemein verständlicher Sprache dargestellt.

### 1.1.9. PräsidentInnenkonferenz

Auf gesamtösterreichischer Ebene besteht eine PräsidentInnenkonferenz der Verwaltungsgerichte der Länder und des Bundes. Diese dient vor allem einem Erfahrungsaustausch sowie der Beratung gemeinsamer Anliegen. Innerhalb der Konferenz wurden Arbeitsgruppen zu Themen wie Aus- und Fortbildung der Richter, Verfahrensrecht, Benchmark und Medienarbeit eingerichtet.

Die PräsidentInnenkonferenz befasste sich in den Berichtsjahren unter anderem auch mit Fragen zur Verbesserung der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf der Ebene der Verwaltungsgerichte, mit Verfahrensnovellen, aber auch mit speziellen Themen wie der Datenschutzgrundverordnung, der europaweiten CEPEJ Gerichtsstatistik und auch der Vereinheitlichung der Aus- und Fortbildung der Richter.

Im Herbst 2019 fand die PräsidentInnenkonferenz unter dem Vorsitz des Bundesfinanzgerichtes in Eisenstadt statt. Das Burgenland übernahm - aus Anlass der mit Ende 2019 anstehenden Versetzung des Präsidenten wHR Mag. Manfred Grauszer in den Ruhestand - die Organisation.

#### 1.1.10. Fortbildung

Neben den von der PräsidentInnenkonferenz initiierten und von einzelnen Verwaltungsgerichten organisierten Workshops für Führerscheinrecht, Betriebsanlagenrecht, Maßnahmenbeschwerden, Abgabenrecht etc. nahmen die Mitglieder auch an zahlreichen Seminaren bzw. Weiterbildungsveranstaltungen, etwa zu den Themen Datenschutzrecht, Baurecht, Mindestsicherungsgesetz, LSDG, Gebührengesetz und Vergaberecht teil, welche überwiegend von der Österreichischen Akademie der Verwaltungsgerichtsbarkeit angeboten wurden.

Im Jänner 2019 fand erstmalig ein Treffen der Kanzlei- und GeschäftsstellenleiterInnen der Landesverwaltungsgerichte, des Bundesverwaltungsgerichtes und des Bundesfinanzgerichtes statt. Das vom Landesverwaltungsgericht Salzburg organisierte Treffen bot auch der Geschäftsstellenleiterin des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland die Möglichkeit, Einblicke in die Aufgaben der GeschäftsstellenleiterInnen der anderen Verwaltungsgerichte zu gewinnen. Themen wie Zeugengebühren, elektronischer Akt, Akteneinsicht oder auch Sicherheit der Verwaltungsgerichte wurden ausgiebig diskutiert und die unterschiedlichen Erfahrungen ausgetauscht.

### **1.2. Geschäftsgang**

#### 1.2.1. Aktenanfall

In den Berichtsjahren sind 1755 Rechtssachen, und zwar 869 Strafsachen, 740 Administrativangelegenheiten, acht Maßnahmenbeschwerden und 130 höchstgerichtliche Verfahren (Revisionen an den Verwaltungsgerichtshof und Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof) angefallen. Das Gericht stellte acht Normenprüfungsanträge an den Verfassungsgerichtshof.

Der Anteil der Strafsachen am Gesamtanfall betrug 49,5 %, der Anteil der Administrativverfahren betrug 42,2 %.

Rund 51 % der Strafsachen bezogen sich auf das Verkehrsrecht. Etwa 6 % der Beschwerden betrafen das Glücksspielgesetz, nach dem Verkehrsrecht die am stärksten angefallene Einzelmaterie. Ein hoher Anteil entfiel auch auf Beschwerden nach dem Bgld. Baugesetz, dem Fremdenpolizeigesetz, dem VStG, dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, dem Bgld. Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, dem GGBG und dem Führerscheingesetz (jeweils im Bereich zwischen 2,2 % und 4,5 % des Aktenanfalles). Die restlichen 22 % verteilten sich auf rund 50 weitere unterschiedliche Materien.

Im Bereich der Administrativverfahren betrafen 31,2 % Gemeindeangelegenheiten, davon wiederum rund 31 % Baurechtssachen, was einer Steigerung um rund 7 % gegenüber dem Berichtszeitraum 2016/2017 entspricht. Rund 38 % der anhängig gemachten Gemeindeangelegenheiten entfallen auf Abgaben, Steuern und Kostenbeiträge.

Sieben Verfahren bezogen sich auf Vergaberechtsnachprüfungen und in ebenfalls sieben Fällen wurden einstweilige Verfügungen nach dem Burgenländischen Vergaberechtsschutzgesetz beantragt.

Das Landesverwaltungsgericht Burgenland ist das kleinste Verwaltungsgericht in Österreich. Die Statistiken zeigen sehr deutlich, dass jedes einzelne Mitglied eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsmaterien zu betreuen hat. Eine Spezialisierung der Mitglieder auf bestimmte Rechtsgebiete – wie dies in größeren Verwaltungsgerichten der Fall ist – ist beim Landesverwaltungsgericht Burgenland nicht möglich.

Die vorgenannten Fallzahlen basieren auf folgender Zählweise: Pro Beschwerdeschriftsatz oder Antragschreiben wird ein Fall gezählt (auch wenn in einem Straferkenntnis mehrere Delikte bestraft werden oder mehrere Personen mit einem Schriftsatz einschreiten). Pro Verfahrenshilfeantrag und pro Höchstgerichtsverfahren wird ein Fall gezählt. Ein „höchstgerichtliches Verfahren“ gilt in der Statistik als abgeschlossen, wenn das Höchstgericht entschieden hat und das Landesverwaltungsgericht einen allfälligen Bescheid (Ersatzbescheid) erlassen hat.

Da in den Verwaltungsgerichten nicht nach den gleichen Regeln gezählt wird und unsere Zählweise seit 2014 (gegenüber dem UVS) neu definiert wurde, ist nicht nur aufgrund des geringen Grades an Spezialisierung der

Mitglieder, was einen enormen Nachteil im Hinblick auf den Rechercheaufwand und demgemäß auf die Verfahrensdauer bedeutet, sondern auch wegen der unterschiedlichen Zählweise ein Vergleich des Aktenanfalles mit jenem anderer Verwaltungsgerichte wenig aussagekräftig.

### 1.2.2. Erledigungen

Mit Jahresbeginn 2018 wurden 315 Rechtssachen unerledigt aus dem Jahre 2017 übernommen.

In den Berichtsjahren wurden 879 Strafsachen, 689 Administrativverfahren, 16 Maßnahmenbeschwerden und 114 Höchstgerichtsverfahren – insgesamt also 1698 Fälle - abgeschlossen; 372 Rechtssachen blieben bis 31.12.2019 unerledigt.

Die durchschnittliche Erledigungsdauer eines Aktes betrug in den Berichtsjahren 157 Tage. Die steigende Verfahrensdauer ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die vorgelegten Akten der Verwaltung immer wieder ausreichende Sachverhaltsermittlungen vermissen lassen. Dies belastet das Gericht mit hohem Ermittlungsaufwand und erhöht den Kostenaufwand pro Akt. Diese Tendenz ist österreichweit bekannt und spiegelt sich auch in den Tätigkeitsberichten anderer Landesverwaltungsgerichte wider.

Im Berichtsjahr waren 38,4 % aller Beschwerdeführer und sonstigen Antragsteller erfolgreich, d.h. ihren Anträgen wurde mit Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes ganz oder teilweise stattgegeben. 13,6 % der Antragsteller zogen ihren Antrag zurück.

### 1.2.3. Verfahren vor den Höchstgerichten

Insgesamt 138 Höchstgerichtsverfahren wurden in den Berichtsjahren neu eingeleitet, und zwar 100 Revisionen beim Verwaltungsgerichtshof, zwei Verfahrenshilfeanträge bei außerordentlichen Revisionen, 28 Bescheidbeschwerden und acht Normenprüfungsanträge beim Verfassungsgerichtshof. In 27 Verfahren wurden Entscheidungen nach dem Glücksspielgesetz bekämpft, das sind rund 20 % der gesamten Anfechtungen, damit in etwa die Hälfte der Anfechtungen im Vergleich zu den Jahren 2016/2017.

In 114 der anhängig gewesenen Verfahren wurde im Berichtszeitraum entschieden, 83 Verfahren vor den Höchstgerichten blieben offen.

Der Verfassungsgerichtshof hat in den Berichtsjahren in 33 Fällen entschieden, wobei in 28 Fällen die Behandlung der Beschwerde abgelehnt wurde, drei Beschwerden wurde stattgegeben und zwei Beschwerden wurden zurückgewiesen.

Der Verwaltungsgerichtshof hat über 81 Revisionen abgesprochen. In 18 Fällen wurde der Revision ganz oder teilweise stattgegeben, in 60 Fällen wurde sie zurück- oder abgewiesen. Drei Verfahren stellte der Verwaltungsgerichtshof ein.

Insgesamt traf das Landesverwaltungsgericht im Berichtszeitraum 1584 Entscheidungen, davon wurden 130 bei den Höchstgerichten angefochten. Das ergibt eine Anfechtungsrate von insgesamt 8,2 % (Verwaltungsgerichtshof: 6,4 %, Verfassungsgerichtshof: 1,8 %). In 18 Fällen war die Revision an den Verwaltungsgerichtshof und in drei Fällen die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof erfolgreich (das sind 16,1 %). Daraus ergibt sich, dass 98,7 % aller getroffenen Entscheidungen des Gerichtes Bestand hatten.

## **2. Bericht über die bei der Tätigkeit gesammelten Erfahrungen**

### **2.1. Organisation**

Das Landesverwaltungsgericht ist in organisatorischer Hinsicht weitgehend eigenständig. Eine wichtige Voraussetzung für diese Eigenständigkeit ist die aufgrund eines umfassenden Teilvoranschlags als „Sonderamt“ im Landesvoranschlag gegebene budgetmäßige Eigenverantwortung des Landesverwaltungsgerichtes: Der Präsident verfügt über den Sachaufwand, wofür bisher ausreichend Geld zur Verfügung stand. Der Präsident ist für alle Bediensteten des Gerichtes Dienstbehörde (außer in besoldungsrechtlichen Angelegenheiten) und Dienstvorgesetzter, wobei er an keine Weisungen gebunden ist. Hinsichtlich der Besetzung von Richterposten steht der Vollversammlung ein Besetzungsvorschlag an die Landesregierung zu. Die Landesregierung hat den Präsidenten bei der Zuweisung von sonstigen Bediensteten an das Landesverwaltungsgericht oder von diesem an eine andere Dienststelle des Landes zu hören.

Die Raumkapazität und die Ausstattung der Diensträume sind ausreichend. Negativ anzumerken ist, dass das Landesverwaltungsgericht als österreichweit einziges Verwaltungsgericht nicht über eine Sicherheitsschleuse verfügt.

### **2.2. Personelle Vorsorge**

Über die Berichtsjahre gerechnet standen effektiv (unter Berücksichtigung der Beschäftigungsausmaße und Amtsdauer) 10 Richterinnen und Richter zur Verfügung. Statistisch gesehen sind pro Mitglied 176 Verfahren angefallen, jede/r Richter/in hat 170 Akten tatsächlich erledigt (einschließlich Normprüfungsanträge).

Zwei Richterinnen erreichen im Jahr 2020 das Alter, in dem sie in den Ruhestand treten können. Hier wird in den nächsten Jahren eine entsprechende personelle Vorsorge zu treffen sein.

Im Vergleich zur Entlohnung bei den Verwaltungsgerichten der anderen Bundesländer wird eine Erhöhung der Bezüge der Richterinnen und Richter des Landesverwaltungsgerichtes Burgenland für erforderlich erachtet, um ein attraktives Arbeitsumfeld zu gewährleisten und kompetentes, erfahrenes Personal weiterhin sicherzustellen.

Hervorzuheben ist der mit Ende des Berichtszeitraumes vergleichsweise geringe Anteil des nichtrichterlichen Personals im Verhältnis zu den Richtern/innen (5,5 VBÄ für 10 Mitglieder).

Für die Evidenzstelle stand im Berichtszeitraum weder ein/e juristische/r Mitarbeiter/in noch qualifiziertes unterstützendes Personal zur Verfügung. Dies wäre aber notwendig, um (u.a.) die nach § 19 Abs 2 Bgld. LVwGG zu veröffentlichenden („Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung“) oder dem Amt der Landesregierung nach § 20 Abs 2 Bgld. LVwGG zu übermittelnden Entscheidungen den Anforderungen der DSGVO entsprechend zu pseudonymisieren. Wünschenswert wäre zudem die Zuweisung eines/r wissenschaftlichen Mitarbeiters/in (zB eines/r Ausbildungsjuristen/in) zur Unterstützung der Mitglieder, etwa bei Recherchetätigkeiten.

### **2.3. Aufwendungen**

In den Berichtszeitraum fiel – wie bereits vorne erwähnt - die Erneuerung der EDV-technischen Ausstattung des Landesverwaltungsgerichtes. Demgemäß entfiel der größte Teil der Aufwendungen, nämlich fast ein Drittel der Gesamtausgaben (insgesamt 79.413,01 Euro) auf diese Position. Rund 20 % der Gesamtausgaben (ca. 52.500,-- Euro) machen die Kosten für IT-Hosting, Leasing und EDV-Systemunterstützung aus.

Ein großer Anteil (22,7 %) des dem Landesverwaltungsgericht für Sachaufwand zur Verfügung stehenden Budgets wurde für Zeugen-, Sachverständigen- und Dolmetschgebühren ausgegeben, und zwar insgesamt über 60.000,-- Euro, davon 11,3 % für Zeugengebühren und 21,3 % für Dolmetschgebühren (hauptsächlich in Strafsachen nach dem Glücksspielgesetz, dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz). Besonders hoch war der Anteil der Ausgaben für Sachverständige, insbesondere für notwendige nichtamtliche Sachverständige – dieser betrug insgesamt über 40.000,-- Euro, das sind rd. 67 % des Gebührenaufwandes. Anlassgebend waren vor allem Verfahren nach dem Wasserrechtsgesetz, dem Baugesetz, dem Naturschutzgesetz, dem Flurverfassungs-Landesgesetz und dem Glücksspielgesetz.

Für die Aktualisierung und Erweiterung der Bibliothek sowie für Fachzeitschriften wurden 17.030,47 Euro (6,4 % des Budgets) ausgegeben.

## Tabellen und Grafiken

### Aktenanfall nach Rechtsgebieten in den beiden Berichtsjahren

#### A. Verwaltungsstrafsachen

StVO	214
KFG	164
Glücksspielgesetz	51
Bgld. Baugesetz	39
Verfahrenshilfeantrag LVwG	34
Fremdenpolizeigesetz	29
VStG	27
AVRAG	26
Bgld. Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz	22
GGBG	22
Führerscheingesetz	19
ASVG	16
Tierschutzgesetz	16
Güterbeförderungsgesetz	14
Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz	14
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	11
Ausländerbeschäftigungsgesetz	11
Gewerbeordnung	11
Sicherheitspolizeigesetz	11
WRG	11
Verordnung (EG) 561/2006	9
Verordnung (EG) 165/2014	8
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	7
Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz	7
Weingesetz	7
Bundesstatistikgesetz	6
Bgld. Jagdgesetz	6
Kurzparkzonengebührengesetz	4
Meldeggesetz	4
Tierseuchengesetz	4
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz	3
Forstgesetz	3



Arbeitszeitgesetz	2
Bauarbeiterschutzverordnung	2
Bgld. Pflanzenschutzgesetz 2003	2
Bgld. Veranstaltungsgesetz	2
Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	2
EGVG	2
Grenzkontrollgesetz	2
Pyrotechnikgesetz	2
Tierarzneimittelkontrollgesetz	2
Waffengesetz	2
AETR	1
Altenwohn- und Pflegeheimgesetz	1
Arbeitsinspektionsgesetz	1
Arbeitskräfteüberlassungsgesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
Arbeitsruhegesetz	1
AVG	1
Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz	1
Bgld. Sozialhilfegesetz	1
Eisenbahnkreuzungsverordnung	1
Gelegenheitsverkehrsgesetz	1
Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung	1
LG betr. Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten	1
Luftfahrtgesetz	1
Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz	1
Tiergesundheitsgesetz	1
Tiertransportgesetz	1
Verordnung (EG) 3821/85	1
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	1

**SUMME** **869**

B. Sonstige Beschwerden (insbesondere gegen Maßnahmen)

Sicherheitspolizeigesetz	8
--------------------------	---

**SUMME** **8**

## C. Administrativverfahren

Bgld. Jagdgesetz	205
Bgld. BauG - Bewilligungen Gemeinden	46
Bgld. Kanalabgabegesetz - Gemeinden	42
Bgld. Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz	41
Führerscheingesetz Lenkberechtigung-Entzug	39
Bgld. Baugesetz - Kostenbeiträge Gemeinden	27
Bgld. BauG - sonstige Verfahren Gemeinden	26
Bgld. Pflichtschulgesetz	24
Abfallwirtschaftsgesetz des Landes - Gemeinden	22
Bgld. Baugesetz - Bewilligungen	16
Bgld. Mindestsicherungsgesetz	14
KFG	13
Tierschutzgesetz	12
Bgld. Naturschutz- und LandschaftspflegeG - Bewilligung	12
Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz	12
Gewerbeordnung - Betriebsanlage	11
Gesetz über WLW Nördliches Bgld.	10
Bgld. Baugesetz	8
Wasserrechtsgesetz 1959 - Betriebsanlage	8
Forstgesetz	7
Führerscheingesetz Verweigerung, Einschränkung	7
Gewerbeordnung	7
Vergabe Einstweilige Verfügung	7
Vergabe Nachprüfung	7
Kommunalsteuergesetz - Gemeinden	6
Bgld. Tourismusgesetz	5
Flurverfassungs-Landesgesetz	5
Führerscheingesetz andere Verfahren	5
Gemeindeaufsichtsverfahren	5
Staatsbürgerschaftsgesetz	5
Tourismusabgabe - Gemeinden	5
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	5
Waffengesetz	5
Apothekengesetz	4
Bgld. AISG	4
Bgld. Sozialhilfegesetz	4
Wasserrechtsgesetz 1959	4
Bgld. Pflanzenschutzgesetz - Kostenbeiträge Gemeinden	3

Bgld. Straßengesetz	3
Landtagswahlordnung 1995 – Gemeinden	3
Rechtsanwaltsordnung	3
Verfahrenshilfeantrag LVwG	3
Abfallwirtschaftsgesetz des Landes	2
Altlastensanierungsgesetz	2
ASVG	2
Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz	2
Bgld. Raumplanungsgesetz	2
Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz	2
Tiergesundheitsgesetz	2
Ärztegesetz	1
Ärztinnen/Ärzte-Ausbildungsordnung 2015	1
AWG 2002 Betriebsanlage	1
Bgld. Gemeindeordnung	1
Bgld. Kanalanschlußgesetz - Gemeinden	1
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	1
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz - Gemeinden	1
Bgld. Landes-Sicherheitsgesetz - Gemeinden	1
Bundesstraßengesetz	1
Bürgermeister-Pensionsgesetz 1979	1
Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz	1
Eisenstädter Stadtrecht	1
Gebührenanspruchsgesetz	1
Geschworenen- und Schöffengesetz	1
Gesetz über die Mindestabstände zu fremden Grundstücken	1
Glücksspielgesetz	1
Hundeabgabegesetz	1
Immissionsschutzgesetz – Luft	1
Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1993	1
Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz	1
Mineralrohstoffgesetz - Betriebsanlage	1
Nachsicht Gewerbeantrag	1
Sicherheitspolizeigesetz	1
StVO	1
Weinbaugesetz	1
Wirtschaftskammergesetz	1
<b>SUMME</b>	<b>740</b>

D. Höchstgerichtliche Verfahren

Bescheidbeschwerden/Revisionen VwGH	100
Bescheidbeschwerden VfGH	28
Verfahrenshilfe bei ao. Revisionen	2
Normprüfungsanträge	8
<b>SUMME</b>	<b>138</b>

**Aktenanfall gesamt 1755**

## Erledigungen in den Berichtsjahren

### A. Verwaltungsstrafsachen

#### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	879
mit mündlicher Verhandlung	292
Beschwerdevorentscheidungen	8
mit Verfahrenshilfe	5

#### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	80
Abweisungen	343
teilweise Stattgebungen	122
volle Stattgebungen	232
Einstellungen nach § 43 VwGVG	38
Sonstige Einstellungen	58
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>6</u>
	<b>879</b>

### B. Maßnahmenbeschwerden

#### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	16
mit mündlicher Verhandlung	12

#### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	4
Abweisungen	1
teilweise Stattgebungen	3
Einstellungen	1
Feststellungen der Rechtswidrigkeit	6
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>1</u>
	<b>16</b>

## C. Administrativverfahren

### 1. Art der Erledigungen

Einzelrichterentscheidungen	683
Senatsentscheidungen	5
Übernahmeakten	1
mit mündlicher Verhandlung	228
Beschwerdevorentscheidungen	3

### 2. Inhalt der Erledigungen

Zurückweisungen	142
Abweisungen	174
teilweise Stattgebungen	58
volle Stattgebungen	136
Zurückverweisungen an Verwaltungsbehörden	14
Sonstige Einstellungen	156
Abtretungen wegen Unzuständigkeit	<u>9</u>
	<b>689</b>

## D. Höchstgerichtliche Verfahren im Einzelfall

### 1. Art der Erledigungen des Landesverwaltungsgerichtes

Einzelrichterentscheidungen	113
Senatsentscheidungen	1
Ordentliche Revisionen	5
Außerordentliche Revisionen	76
Aktenvorlagen	95
Gegenschriften	6
Ersatzbescheide	23

## 2. Inhalt der Erledigungen der Höchstgerichte

Ab-, Zurückweisungen	54
Ablehnungen	36
volle Stattgebungen	21
Sonstige Einstellungen	<u>3</u>
	<b>114</b>

**Erledigungen Gesamt 1698**

## **Aktenanfall nach Behörden**

Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung	<b>157</b>
Bezirkshauptmannschaft Güssing	<b>77</b>
Bezirkshauptmannschaft Jennersdorf	<b>77</b>
Bezirkshauptmannschaft Mattersburg	<b>63</b>
Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See	<b>425</b>
Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf	<b>169</b>
Bezirkshauptmannschaft Oberwart	<b>253</b>
Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt	<b>4</b>
Bezirksschiedskommissionen für Jagd- und Wildschäden	<b>3</b>
Gemeinden zusammengefasst	<b>186</b>
Gemeindewahlbehörden zusammengefasst	<b>3</b>
Amt der Bgld. Landesregierung als Agrarbehörde	<b>5</b>
Bgld. Landesregierung	<b>45</b>
Landeshauptmann Burgenland	<b>4</b>
Landespolizeidirektion Burgenland	<b>82</b>
Bürgermeister zusammengefasst	<b>42</b>
LVwG (HG-Verfahren)	<b>129</b>
Sonstige Behörden oder Auftraggeber	<b>31</b>



## Eingang nach Behörden 2018/2019

### Administrativsachen

<b>Bezirkshauptmannschaften:</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
Eisenstadt-Umgebung	<b>22</b>	<b>23</b>	<b>45</b>
Güssing	<b>20</b>	<b>7</b>	<b>27</b>
Jennersdorf	<b>3</b>	<b>15</b>	<b>18</b>
Mattersburg	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>8</b>
Neusiedl am See	<b>144</b>	<b>27</b>	<b>171</b>
Oberpullendorf	<b>97</b>	<b>12</b>	<b>109</b>
Oberwart	<b>16</b>	<b>30</b>	<b>46</b>
<b>Summe BH`s</b>	<b>305</b>	<b>119</b>	<b>424</b>

<b>Gemeinden:</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
Apetlon		<b>1</b>	<b>1</b>
Bad Sauerbrunn	<b>1</b>		<b>1</b>
Bad Tatzmannsdorf		<b>2</b>	<b>2</b>
Bernstein		<b>1</b>	<b>1</b>
Breitenbrunn	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
Bruckneudorf	<b>2</b>		<b>2</b>
Deutsch Jahrndorf	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>4</b>
Deutsch Kaltenbrunn	<b>1</b>		<b>1</b>
Deutsch Schützen-Eisenberg		<b>1</b>	<b>1</b>
Edelstal		<b>1</b>	<b>1</b>
Eisenstadt	<b>25</b>	<b>7</b>	<b>32</b>
Frauenkirchen		<b>1</b>	<b>1</b>
Gols	<b>1</b>		<b>1</b>
Großhöflein	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>17</b>
Großpetersdorf	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
Großwarasdorf	<b>1</b>		<b>1</b>
Güssing	<b>1</b>		<b>1</b>
Halbturn		<b>2</b>	<b>2</b>
Heiligenbrunn	<b>1</b>		<b>1</b>
Heiligenkreuz im Lafnitztal	<b>1</b>		<b>1</b>
Heugraben		<b>1</b>	<b>1</b>
Hornstein	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>8</b>
Illmitz		<b>1</b>	<b>1</b>

Jois	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>5</b>
Kukmirn		<b>2</b>	<b>2</b>
Lockenhaus	<b>1</b>		<b>1</b>
Loipersbach i. Bgld.	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
Mattersburg	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>4</b>
Mönchhof		<b>1</b>	<b>1</b>
Mogersdorf	<b>1</b>		<b>1</b>
Moschendorf	<b>2</b>		<b>2</b>
Müllendorf	<b>1</b>		<b>1</b>
Neuberg i. Bgld.		<b>1</b>	<b>1</b>
Neudörfel	<b>1</b>		<b>1</b>
Neufeld a.d. Leitha	<b>1</b>		<b>1</b>
Neusiedl am See	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>11</b>
Neustift bei Güssing		<b>1</b>	<b>1</b>
Nikitsch	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
Oberpullendorf	<b>5</b>		<b>5</b>
Oberschützen	<b>2</b>		<b>2</b>
Oberwart	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>20</b>
Ollersdorf i. Bgld.	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>7</b>
Oslip	<b>1</b>		<b>1</b>
Pamhagen	<b>7</b>	<b>11</b>	<b>18</b>
Pinkafeld	<b>2</b>		<b>2</b>
Podersdorf	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
Purbach am Neusiedler See	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>6</b>
Rechnitz	<b>1</b>		<b>1</b>
Riedlingsdorf	<b>1</b>		<b>1</b>
Rust	<b>1</b>		<b>1</b>
Rotenturm an der Pinka		<b>1</b>	<b>1</b>
Schützen am Gebirge		<b>4</b>	<b>4</b>
Siegendorf		<b>2</b>	<b>2</b>
Steinbrunn		<b>1</b>	<b>1</b>
St. Andrä am Zicksee	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>3</b>
St. Martin an der Raab	<b>1</b>		<b>1</b>
Trausdorf		<b>1</b>	<b>1</b>
Unterfrauenhaid	<b>1</b>		<b>1</b>
Unterrabnitz-Schwendgraben	<b>1</b>		<b>1</b>
Weiden am See	<b>1</b>		<b>1</b>
Weppersdorf	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>

Wiesen	1	1	2
Winden am See		1	1
Wolfau	1		1
Zemendorf-Stöttera	1	2	3
Gemeindewahlbehörde Neudorf		1	1
Gemeindewahlbehörde Pötttsching		1	1
Gemeindewahlbehörde Winden am See		1	1
Summe Gemeinden	120	97	217

Land	2018	2019	Summe
Bgld. Landesregierung	21	22	43
Land Burgenland	5	2	7
Landeshauptmann	2	2	4
	28	26	54

Sonstige	2018	2019	Summe
Ärztchammer für Burgenland		1	1
Ausschuss der Rechtsanwaltskammer Bgld.	2	1	3
Bezirksschiedskommission Güssing	3		3
Bildungsdirektion Burgenland		3	3
BM für Nachhaltigkeit und Tourismus		1	1
Burgenländischer Müllverband	2	1	3
Disziplinarkommisison für Landesbeamte ...	1	1	2
Energie Burgenland Fernwärme		2	2
KRAGES	2		2
Land- und forstwirt.Lehrlings- und Fachausbildungsstelle	1		1
Landespolizeidirektion Burgenland	4	7	11
Landespolizeidirektion Wien		1	1
Österr. Ärztekammer	1		1
Wasserleitungsverband Nördl. Bgld.	5	5	10
Wirtschaftskammer Burgenland		1	1
<b>Summe Sonstige Behörden</b>	<b>21</b>	<b>24</b>	<b>45</b>

<b>Zusammenfassung Administrativsachen:</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
<b>Bezirkshauptmannschaften</b>	<b>305</b>	<b>119</b>	<b>424</b>
<b>Gemeinden</b>	<b>120</b>	<b>97</b>	<b>217</b>
<b>Landesregierung</b>	<b>21</b>	<b>22</b>	<b>43</b>
<b>Land Burgenland</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>7</b>
<b>Landeshauptmann</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>4</b>
<b>Sonstige Behörden</b>	<b>21</b>	<b>24</b>	<b>45</b>
	<b>474</b>	<b>266</b>	<b>740</b>

### Maßnahmenbeschwerden

<b>Behörden:</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
BH Güssing	<b>1</b>		<b>1</b>
BH Neusiedl am See	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>6</b>
LPD Burgenland		<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Summe Maßnahmenbeschwerden</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>8</b>

### Strafsachen

<b>Bezirkshauptmannschaften:</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
Eisenstadt-Umgebung	<b>77</b>	<b>35</b>	<b>112</b>
Güssing	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>49</b>
Jennersdorf	<b>39</b>	<b>20</b>	<b>59</b>
Mattersburg	<b>29</b>	<b>26</b>	<b>55</b>
Neusiedl am See	<b>126</b>	<b>122</b>	<b>248</b>
Oberpullendorf	<b>36</b>	<b>24</b>	<b>60</b>
Oberwart	<b>102</b>	<b>105</b>	<b>207</b>
<b>Summe BH`s</b>	<b>431</b>	<b>359</b>	<b>790</b>

<b>Sonstige</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
Magistrat der Freistadt Eisenstadt		<b>1</b>	<b>1</b>
Bürgermeister Eisenstadt	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>7</b>
Bürgermeister Rust		<b>1</b>	<b>1</b>
Landespolizeidirektion Bgld.	<b>28</b>	<b>42</b>	<b>70</b>
<b>Summe Sonstige</b>	<b>32</b>	<b>47</b>	<b>79</b>

<b>Zusammenfassung Strafsachen</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>Summe</b>
<b>Bezirkshauptmannschaften</b>	<b>431</b>	<b>359</b>	<b>790</b>
<b>Sonstige Behörden</b>	<b>32</b>	<b>47</b>	<b>79</b>
<b>Summe Strafsachen</b>	<b>463</b>	<b>406</b>	<b>869</b>

Eingang nach Materien 2018/2019

**Administrativsachen**

Bezeichnung	2018	2019	Summe
Abfallwirtschaftsgesetz des Landes	1	1	2
Altlastensanierungsgesetz		2	2
Apothekengesetz		4	4
Ärztegesetz		1	1
Ärztinnen-/Ärzte-Ausbildungsordnung	1		1
ASVG		2	2
AWG 2002 Betriebsanlage		1	1
Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz	2		2
Bgld. AISG		4	4
Bgld. AWG - Gemeinden	15	7	22
Bgld. BauG - Bewilligungen	9	7	16
Bgld. BauG - Bewilligungen Gemeinden	25	21	46
Bgld. BauG - Kostenbeiträge Gemeinden	17	10	27
Bgld. BauG - sonstige Verfahren Gemeinden	18	8	26
Bgld. Baugesetz	2	6	8
Bgld. Gemeindeordnung	1		1
Bgld. Jagdgesetz	203	2	205
Bgld. Kanalabgabegesetz - Gemeinden	18	24	42
Bgld. Kanalanschlußgesetz - Gemeinden	1		1
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	1		1
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz - Gemeinden	1		1
Bgld. Landessicherheitsgesetz - Gemeinden		1	1
Bgld. Mindestsicherungsgesetz	8	6	14
Bgld. Natur- und Landschaftspflegegesetz	27	14	41
Bgld. Natur- und Landschafts.G - Bewilligungen	7	5	12
Bgld. PflanzenschutzG - Kostenbeitr.Gemeinden	1	2	3
Bgld. Pflichtschulgesetz	21	3	24
Bgld. Raumplanungsgesetz	1	1	2
Bgld. Sozialhilfegesetz	2	2	4
Bgld. Straßengesetz	1	2	3
Bgld. Tourismusgesetz	1	4	5
Bürgermeister-Pensionsgesetz	1		1
Bundesstraßengesetz	1		1
Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz		1	1

Eisenstädter Stadtrecht	1		1
Flurverfassungs-Landesgesetz	3	2	5
Forstgesetz	3	4	7
Führerscheingesetz andere Verfahren		5	5
Führerscheingesetz Lenkberechtigung-Entzug	17	22	39
Führerscheingesetz Verweigerung, Einschränkung.	3	4	7
G über den WLV Nördl. Bgld.	5	5	10
G. über die Mindestabstände zu fremd.Grundst.		1	1
Gebührenanspruchsgesetz		1	1
Gemeindeaufsichtsverfahren		5	5
Geschworenen- und Schöffengesetz	1		1
Gewerbeordnung	3	4	7
Gewerbeordnung - Betriebsanlage	4	7	11
Glücksspielgesetz	1		1
Immissionsschutzgesetz - Luft	1		1
Hundeabgabegesetz		1	1
KFG	9	4	13
Kommunalsteuergesetz - Gemeinden		6	6
Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz	1	1	2
Land- u. forstwirtschaftl. BerufsausbildungsO	1		1
Landtagswahlordnung - Gemeinden		3	3
Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschG	1		1
Mineralrohstoffgesetz - Betriebsanlage	1		1
Nachsicht Gewerbeantrag		1	1
Niederlassungs- und Aufenthaltsg	3	9	12
Rechtsanwaltsordnung	2	1	3
Sicherheitspolizeigesetz		1	1
Staatsbürgerschaftsgesetz	3	2	5
StVO		1	1
Tiergesundheitsgesetz	1	1	2
Tierschutzgesetz	3	9	12
Tourismusabgabe - Gemeinden	2	3	5
Vergabe Einstweilige Verfügung	3	4	7
Vergabe Nachprüfung	3	4	7
Verfahrenshilfeantrag LVwG	1	2	3
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	2	3	5
Waffengesetz	1	4	5
Wasserrechtsgesetz 1959	3	1	4

Wasserrechtsgesetz 1959 - Betriebsanlage	5	3	8
Weinbaugesetz	1		1
Wirtschaftskammergesetz		1	1
<b>SUMME</b>	<b>474</b>	<b>266</b>	<b>740</b>

### Maßnahmenbeschwerden

Bezeichnung	2018	2019	Summe
Sicherheitspolizeigesetz	4	4	8
<b>SUMME</b>			

### HG-Verfahren

	2018	2019	Summe
Bescheidbeschw./Revisionen VwGH	51	49	100
Bescheidbeschwerden VfGH	12	16	28
Verfahrenshilfe bei a.o. Revisionen		2	2
Normprüfungsanträge		8	8
<b>SUMME</b>	<b>63</b>	<b>75</b>	<b>138</b>

### Strafsachen

Bezeichnung	2018	2019	Summe
Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes	6	5	11
AETR	1		1
Altenwohn- und Pflegeheimgesetz	1		1
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz	2	1	3
Arbeitsinspektionsgesetz		1	1
Arbeitskräfteüberlassungsgesetz	1		1
Arbeitslosenversicherungsgesetz		1	1
Arbeitsruhegesetz	1		1
Arbeitszeitgesetz		2	2
ASVG	13	3	16
Ausländerbeschäftigungsgesetz	8	3	11
AVG		1	1
AVRAG	25	1	26



Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz		1	1
BauarbeiterschutzVO	2		2
Bgld. Baugesetz	20	19	39
Bgld. Jagdgesetz	2	4	6
Bgld. Landes-Polizeistrafgesetz	5	2	7
Bgld. Naturschutz- und LandschaftspflegeG	11	11	22
Bgld. Pflanzenschutzgesetz	2		2
Bgld. Sozialhilfegesetz	1		1
Bgld. Veranstaltungsgesetz		2	2
Bundesstatistikgesetz		6	6
Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	1	1	2
EGVG		2	2
EisenbahnkreuzungsVO	1		1
Forstgesetz	1	2	3
Fremdenpolizeigesetz	10	19	29
Führerscheingesetz	7	12	19
Gelegenheitsverkehrsgesetz	1		1
Gewerbeordnung	7	4	11
GGBG	11	11	22
Glücksspielgesetz	40	11	51
Güterbeförderungsgesetz	12	2	14
Grenzkontrollgesetz	1	1	2
KFG	72	92	164
Kurzparkzonengebührengesetz	3	1	4
Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung	1		1
LG betr. Geb. Totalisateur- u. Buchmacherwetten		1	1
Lebensmittels.- und VerbraucherschutzG	2	5	7
Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz	11	3	14
Luftfahrtgesetz		1	1
Meldegesezt	3	1	4
Pyrotechnikgesetz	1	1	2
Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz		1	1
Sicherheitspolizeigesetz	4	7	11
StVO	96	118	214
Tierarzneimittelkontrollgesetz		2	2
Tiergesundheitsgesetz		1	1
Tierschutzgesetz	7	9	16
Tierseuchengesetz	2	2	4

Tiertransportgesetz		1	1
Verfahrenshilfeantrag LVwG	22	12	34
Verordnung (EG) 561/2006	8	1	9
Verordnung (EG) 165/2014	6	2	8
Verordnung (EG) 3821/85	1		1
VStG	16	11	27
Verwaltungsvollstreckungsgesetz	1		1
Waffengesetz	2		2
Weingesetz	3	4	7
Wasserrechtsgesetz	9	2	11
<b>SUMME</b>	<b>463</b>	<b>406</b>	<b>869</b>

## Zusammenfassung Eingänge - Erledigungen

### Eingänge 2018/2019

	2018	2019	Summe
Administrativsachen	474	266	<b>740</b>
Strafsachen	463	406	<b>869</b>
Maßnahmenbeschwerden	4	4	<b>8</b>
VwGH/VfGH-Verfahren	63	67	<b>130</b>
Normprüfungsverfahren		8	<b>8</b>
<b>SUMME</b>	<b>1004</b>	<b>751</b>	<b>1755</b>

### Erledigungen 2018/2019

	2018	2019	Summe
Administrativsachen	277	412	<b>689</b>
Strafsachen	435	444	<b>879</b>
Maßnahmenbeschwerden	13	3	<b>16</b>
VwGH/VfGH-Verfahren	59	55	<b>114</b>
Normprüfungsverfahren			
<b>SUMME</b>	<b>784</b>	<b>914</b>	<b>1698</b>

Art der Erledigungen **Maßnahmenbeschwerden** 2018-2019 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>R</b>	<b>T</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	1						<b>1</b>
BH Güssing		1					<b>1</b>
BH Neusiedl am See	2	2	1			1	<b>6</b>
BH Oberpullendorf	1						<b>1</b>
BH Oberwart	1			1			<b>2</b>
LPD Eisenstadt	1				1		<b>2</b>
Bürgerm. Gemeinde Deutsch-Schützen				1			<b>1</b>
BMI Bundesamt für Korrupt.bek.				2			<b>2</b>
	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>16</b>
	<b>9 = 56,2 % Erfolg für BF</b>		<b>7 = 43,8 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

- R = Feststellung der Rechtswidrigkeit
- T = Teilweise Stattgebung
- A = Abweisung
- Z = Zurückweisung
- U = Abtretung wegen Unzuständigkeit
- X = sonstige Einstellung

Art der Erledigungen **Administrativsachen** 2018-2019 nach belangter Behörde

**Bezirkshauptmannschaften**

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	3	5	1	20	6		3	<b>38</b>
BH Güssing	3	5	1	11	6		1	<b>27</b>
BH Jennersdorf		6	2	3	5		2	<b>18</b>
BH Mattersburg		2		3	1		2	<b>8</b>
BH Neusiedl am See	10	15	3	27	68		44	<b>167</b>
BH Oberpullendorf	5	4	2	6	11		78	<b>106</b>
BH Oberwart	2	9	1	28	3		2	<b>45</b>
<b>Summe BH`s</b>	<b>23</b>	<b>46</b>	<b>10</b>	<b>98</b>	<b>100</b>		<b>132</b>	<b>409</b>
	<b>79 = 19,3 % Erfolg für BF</b>			<b>330 = 80,7 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

**Gemeinden**

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
alle Gemeinden	26	61	4	44	30	6	17	<b>188</b>
	<b>91 = 48,4 % Erfolg für BF</b>			<b>97 = 51,6 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

Y = Zurückverweisung an VwB

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

X = sonstige Einstellung

**Zusammenfassung** Art der Erledigungen **Administrativsachen** 2018-2019 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>Y</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
Bezirkshauptmannschaften	23	46	10	98	100		132	<b>409</b>
Gemeinden	26	61	4	44	30	6	17	<b>188</b>
Bgld. Landesregierung	2	13		17	8		1	<b>41</b>
Land Burgenland	2	4		1			2	<b>9</b>
Landeshauptmann von Burgenland		1		2	1		1	<b>5</b>
Landespolizeidirektion Bgld.	2	2		3			2	<b>9</b>
Sonstige Behörden	3	9		9	3	3	1	<b>28</b>
<b>Summe</b>	<b>58</b>	<b>136</b>	<b>14</b>	<b>174</b>	<b>142</b>	<b>9</b>	<b>156</b>	<b>689</b>
	<b>208 = 30,2 % Erfolg für BF</b>			<b>481 = 69,8 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

Y = Zurückverweisung an VwB

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

X = sonstige Einstellung

Art der Erledigungen **Strafsachen** 2018-2019 nach belangter Behörde

<b>Behörde</b>	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>E</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
BH Eisenstadt-Umgebung	19	19	4	50	25	1	3	<b>121</b>
BH Güssing	9	18	1	15	2		3	<b>48</b>
BH Jennersdorf	13	11		26	5		4	<b>59</b>
BH Mattersburg	19	11	2	26	7		3	<b>68</b>
BH Neusiedl am See	21	98	29	92	15	3	23	<b>281</b>
BH Oberpullendorf	12	12		21	2	1	8	<b>56</b>
BH Oberwart	20	47	1	83	17		9	<b>177</b>
Bürgermeister von Eisenstadt	3	3		3				<b>9</b>
LPD Eisenstadt	6	13	1	27	7	1	5	<b>60</b>
<b>Summe</b>	<b>122</b>	<b>232</b>	<b>38</b>	<b>343</b>	<b>80</b>	<b>6</b>	<b>58</b>	<b>879</b>
	<b>392 = 44,6 % Erfolg für BF</b>			<b>487 = 55,4 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

E = Einstellung in Strafverfahren (§ 43 VwGVG)

A = Abweisung

Z = Zurückweisung

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

X = sonstige Einstellung

### Zusammenstellung Art der Erledigung 2018-2019

	<b>T</b>	<b>V</b>	<b>R</b>	<b>Y</b>	<b>E</b>	<b>A</b>	<b>Z</b>	<b>U</b>	<b>X</b>	<b>Summe</b>
Administrativverfahren	58	136		14		174	142	9	156	689
Maßnahmenbeschwerden	3		6			1	4	1	1	16
Verwaltungsstrafverfahren	122	232			38	343	80	6	58	879
<b>Summe</b>	<b>183</b>	<b>368</b>	<b>6</b>	<b>14</b>	<b>38</b>	<b>518</b>	<b>226</b>	<b>16</b>	<b>215</b>	<b>1584</b>
	<b>609 = 38,4 % Erfolg für BF</b>					<b>975 = 61,6 % negativ für BF</b>				<b>100 %</b>

T = Teilweise Stattgebung

V = Volle Stattgebung

R = Feststellung der Rechtswidrigkeit

Y = Zurückverweisung an VwB

E = Einstellung in Strafverfahren (§ 43 VwGVG)

A = Abweisung

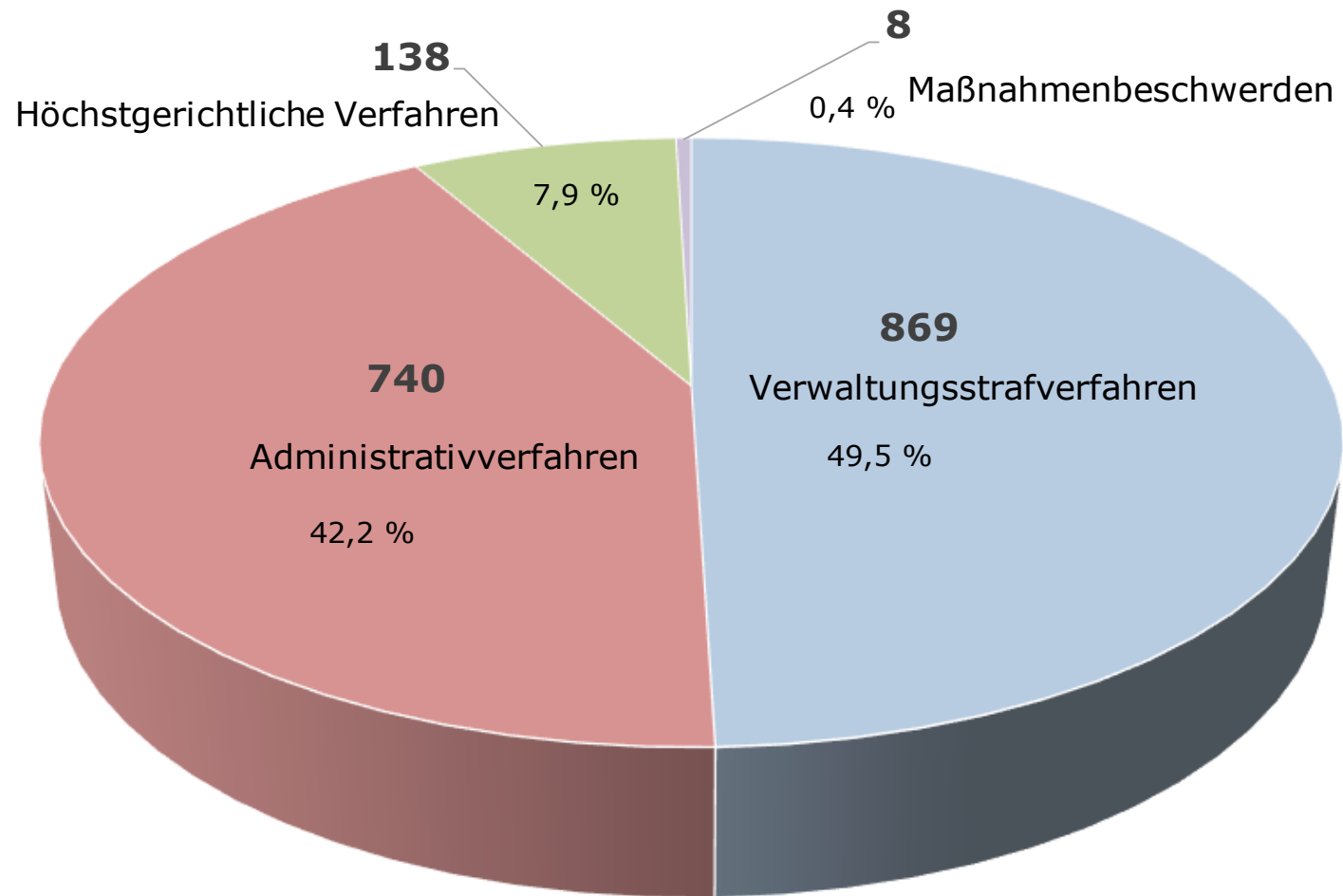
Z = Zurückweisung

U = Abtretung wegen Unzuständigkeit

X = Sonstige Einstellung



## Verfahrensanfall



## Gesamtübersicht Art der Erledigungen

